



Landes-SGK EXTRA

Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hat unsere Partei noch eine Zukunft? Eine Frage, die einem schlaflose Nächte bereiten kann. Gefühlt das gängigste Thema in Gesprächen unter Genossinnen und Genossen. Die Sorge im Freundes- und Bekanntenkreis hat eine andere Note: Was passiert, wenn es die SPD nicht mehr gäbe, wer gibt Haltung und Orientierung? Die Rolle, die uns Menschen zuschreiben, zeigt mehr ihr Interesse an den Erwartungen, die sie an uns stellen, als an der Daseinsfrage. Es sollte uns ermuntern, dass wir diejenigen sind, die sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen und uns um das Gemeinwohl in den Städten, Kreisen und Gemeinden kümmern. Uns traut man es nach wie vor zu. Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir den Blick heben und Zuversicht ausstrahlen.

Starke Kommunen

Mit Fug und Recht können wir mit Selbstbewusstsein auf kommunaler Ebene in die Kommunalwahl gehen. Unsere Stärke ist das Kommunale. Wir wirken gegen soziale Ausgrenzung und sorgen für Bildung. Wir bewahren in unseren Städten und Gemeinden die Kultur und Geschichte unserer Heimat und stellen zeitgleich die Weichen für eine moderne Zukunft.

Wir wissen, dass das Allgemeinwohl mehr ist als die Summe der Einzelinteressen. Das ist heute gesellschaftlich aber nicht mehr selbstverständlich. Entscheidungen zum Allgemeinwohl stehen Individualinteressen Einzelner und Interessierter entgegen. Entscheidungen zum Bau von Kitas und Schulen, von bezahlbaren Wohnungen und sozialen Einrichtungen rufen lautstarke Unzufriedenheit von Einzelinteressen hervor. Schritte zum Ausbau öffentlicher Infrastruktur und der Mobilität, des digitalen Wandels und gar die Förderung einer ausreichenden Finanzierung von freien Trägern für den sozialen Zusammenhalt müssen durchgerungen werden.



Michael Ebling

Foto: privat

Das Allgemeinwohl bedarf der SPD. Mit Herz und noch mehr Verstand setzen wir hierfür in den Stadt-, Kreis- und Gemeinderäten Prioritäten. Und wir sind erfolgreich dabei. Unterstützt durch eine kommunalfreundliche Landesregierung mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Innenminister Roger Lewentz und Finanzministerin Doris Ahnen an der Spitze.

Unsere Erfolge wollen wir im Januar und Februar in einer Kampagne übers Land verteilt in Monsheim, Ludwigshafen, Trier, Hütschenhausen, im Rhein-Lahn-Kreis und in Mainz gemeinsam herausstellen. Nur Mut! Wir können selbstbewusst in die Wahl gehen, und wir sollten dies ebenso zeigen. Die Bürgerinnen und Bürger sind fähig zu erkennen, wer sich für ihre Belange und Interessen einsetzt und sich aufrichtig kümmert – und dabei immer das Allgemeinwohl im Blick hat.

Noss geht, Steinbach kommt

Eine Neuigkeit in eigener Sache möchte ich Euch ankündigen: Zum neuen Jahr wird der Landtagsabgeordnete Nico Steinbach aus Bitburg die Geschäftsführung der Landes-SGK Rheinland-Pfalz von Hans Jürgen Noss übernehmen.

Für seine langjährige Arbeit gebührt Hans Jürgen Noss ausdrücklich schon heute der Dank des SGK-Landesvorstandes und mein persönlicher Dank. Im Kreise der kommunalen Familie werden wir ihn noch gebührend verabschieden.

Mit freundlichen Grüßen
Euer

Michael Ebling
SGK-Landesvorsitzender

Inhalt

Aktion in Ludwigshafen:
Hol OB Jutta Steinruck!

Energie-Fachkongress
der SGK in Worms

Uwe Bruchhäuser will
Partner der Bürger sein

Mit großem Engagement
in die Kommunalwahlen

Ideale Begegnungsstätte
SPD besucht Bürgercafé

Verwaltungsreform
ist voll im Gange

Weihnachtsgrüße

Mit #HolDieOberbürgermeisterin Stärkung für Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck startet mit neuer Aktion. Die Idee hat sich bereits in Heidelberg bewährt. Projekte können angemeldet und Unterstützer gesucht werden

Autor Pressestelle Stadt Ludwigshafen

Ab sofort können Bürgerinnen und Bürger Projekte und Initiativen für und aus Ludwigshafen über ein eigenes Portal ins Licht der Öffentlichkeit rücken. Mit der Aktion #HolDieOberbürgermeisterin bietet die Stadtverwaltung Bürgerinnen und Bürgern zugleich die Möglichkeit, den Terminkalender von Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck ein Stück weit mitzubestimmen und dabei selbst Impulse für die Entwicklung Ludwigshafens zu setzen.

Bürgerinnen und Bürger, die beispielsweise ein Projekt aus dem Umweltschutz oder ein soziales Anliegen unterstützen, die sich in Vereinen engagieren oder eine gute Idee für die Entwicklung oder Verbesserung ihres konkreten Umfelds haben, können dies im Internet auf einem virtuellen Stadtplan eintragen. Damit wird das Vorhaben öffentlich. Erhält es dann von anderen Bürgerinnen und Bürgern innerhalb einer bestimmten Zeit richtig viel Zuspruch und Unterstützung, kommt Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck persönlich vorbei, informiert sich und sorgt damit gleichzeitig dafür, dass auch vermeintlich kleinere Initiativen in den öffentlichen Fokus rücken.

Initiativen unterstützen

„Mit der Aktion #HolDieOberbürgermeisterin möchten wir bürgerschaftliches Engagement würdigen und Bürgerbeteiligung weiter stärken. Wir möchten gute und gemeinwohlorientierte Initiativen unterstützen und damit auch öffentlich wertschätzen. Wo wir unterstützen können, suchen wir nach Möglichkeiten, und wo wir vermitteln können, bringen wir uns gerne ein. Ich bin sehr gespannt, welche Vorschläge eingehen und freue mich schon auf die Besuche“, erläutert Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck. „Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle der Stadt Heidelberg und meinem Kollegen



Projekte anmelden, Unterstützer suchen und dann kommt die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck vor Ort.

Foto: Stadt Ludwigshafen

Prof. Dr. Eckart Würzner. Die Idee der Aktion #HolDenOberbürgermeister stammt aus Heidelberg und wurde und wird dort erfolgreich umgesetzt. Wir haben bei den Initiatoren, Nicole Huber und Christian Behrendt, angefragt, ob wir diese tolle Idee auch für Ludwigshafen umsetzen dürften und haben dort breite Unterstützung erfahren“, freut sich die Ludwigshafener OB.

„Wir freuen uns sehr, dass die Stadt Ludwigshafen unser Portal #HolDenOberbürgermeister aufgreift. Mit dieser völlig neuen Form der Bürgerbeteiligung wird eine ganz andere Zielgruppe angesprochen als über andere Wege: die junge und digitale Generation“, sagt Stadtdirektorin Nicole Huber, Koordinatorin der digitalen Aktivitäten der Stadt Heidelberg und Begründerin des Portals.

„Die positiven Rückmeldungen und Auszeichnungen für unser Portal zeigen, wie wichtig heute die Möglichkeit zur direkten und unkomplizierten Beteiligung ist. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich über #HolDenOberbürgermeister wahrgenommen“, sagt Mitinitiator Christian Behrendt.

Wie funktioniert es?

Ganz einfach: Wer ein Projekt vorschlagen möchte, kann dies online oder per Post machen. Auf dem Portal klickt man dafür den Button „Projekt vorschlagen“ an. Dann ist es wichtig, im eigenen Freundeskreis persönlich oder über Soziale Medien für das Projekt zu werben und möglichst viele Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen. Auf der Plattform können diese unter „Über Projekte abstimmen“ ihre Stimme abgeben. Wer

lieber per Post mitmachen möchte, füllt das vorgesehene Formular aus und schickt es der Stadtverwaltung. Diese stellt das Projekt dann online zur Abstimmung. Einmal im Monat wird die Stadt Ludwigshafen die Person mit dem Projekt, das die meisten Stimmen bekommen hat, kontaktieren und den OB-Besuch vereinbaren. Jutta Steinruck wird dann das Projekt besuchen und sich die Themen und Ideen anhören. Dabei werden Möglichkeiten der Unterstützung diskutiert und das weitere Vorgehen besprochen. Die konkreten Regeln fürs Mitmachen sind auf der Plattform unter den „Teilnahmebedingungen“ beschrieben.

Um zu sehen, was geschieht und welche Projekte die OB besucht hat, können Interessierte der Stadtverwaltung auf Facebook und Twitter folgen oder den Blog der Webseite begleiten. Wie viele Projekte besucht werden und wie lang der Zeitraum der Aktion ist, ist offen. Die Stadtverwaltung möchte hierzu erst einmal Erfahrungen sammeln.

Die Idee dahinter

#HolDenOberbürgermeister wurde erdacht und initiiert von Nicole Huber und Christian Behrendt. Während seines Engagements an der Berlin-School of Creative Leadership, wo er ein Stipendium für deren renommiertes Executive MBA-Programm gewann, erforschte er im Rahmen seiner Research-These, wie soziale Medien und digitale Plattformen helfen können, den Bereich Governance und City Marketing neu zu erfinden. Sein Engagement wurde durch ein Stipendium der Stadt Heidelberg ermöglicht. Die Stadt Heidelberg führte #HolDenOberbürgermeister im Januar 2015 ein. Seither wurden 32 Gewinner-Projekte von Oberbürgermeister Prof. Würzner besucht. Rund 7.500 Stimmen wurden abgegeben.



Die Experten beim Energiekongress: Stephan Wilhelm, Professor Christian Held, Michael Reitzel und Christoph Zeis (v.l.) Foto: Wolfgang Kröhler

Hat die kommunale Energieversorgung noch eine Chance?

Energiepolitische Fachtagung der SGK Rheinland-Pfalz in Worms: Referenten vermissen klare politische Konzepte. Kritik am Management des Kohleausstieg-Szenarios. Redner für Kooperationen der kommunalen Energieversorger

Autor Wolfgang Kröhler

Stark gestiegene Benzin- und Heizölpreise reißen in den vergangenen Monaten wieder tiefere Löcher in die Budgets der Privathaushalte. Und immer, wenn sich die Preisspirale nach oben dreht, stellt sich die Frage „Wie sicher ist unsere Energieversorgung der Zukunft, ist sie noch bezahlbar?“ Der Verbraucher wünscht sich Sicherheit, Versorgung mit „sauberer Energie“ und das alles zu akzeptablen Preisen. Ist dies überhaupt zu leisten? Wie sieht eine verlässliche Energieversorgung für die Zukunft aus?

Zwei von vielen Fragen, denen sich die 9. Energiepolitische Fachtagung der SGK in Worms widmete. Im Mittelpunkt stand dabei die Zukunft der kommunalen Energieversorgung im Abgleich zu privaten Dritten. Der Moderator des Fachkongresses, Michael Reitzel (Ehrevorsitzender der SGK Rheinland-Pfalz), konnte mit Professor Christian Held von der bundesweit tätigen Kanzlei BBH, mit Stephan Wilhelm vom Vorstand der EWR AG Worms und mit Christoph Zeis, Geschäftsführer der EDG Rheinhessen-Nahe mit Sitz in Nieder-Olm, drei Fachleute begrüßen, die sich auf dem Energiemarkt bestens auskennen.

Kein Musterknabe mehr

Prof. Held, der mit seiner Kanzlei über 3.000 Mandaten strategisch und in energierechtlichen Fragen in der gesamten Republik berät und vertritt, stellte grundsätzlich fest, dass der Klimawandel zu massiven Veränderungen geführt habe. Mit dem Pariser Klimaabkommen habe sich jeder einzelne Staat verpflichtet, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu halten, die EU wolle in diesem Sinne gemeinsam vorangehen. Aber mittlerweile müsse man feststellen, dass die internationale Klimapolitik von großer Unentschlossenheit geprägt sei.

Der Ausstieg der USA aus dem Abkommen sei ein schwerer Rückschlag, die Probleme in China trotz Anstrengungen seien hinlänglich bekannt. „Und auch Deutschland ist kein Musterknabe mehr“, so die Einschätzung von Prof. Held. Auch hierzulande vermisse man eine eindeutige Energiepolitik, die gesetzten Ziele bis 2020 seien nicht mehr zu erreichen. Dem Fachreferent fehlt in dieser Frage ein entsprechendes politisches Handeln mit deutlichen Impulsen in die richtige Richtung. Vor dem Hintergrund eines relativ alten

Gebäudebestandes mit nicht mehr zeitgemäßen Heizungssystemen und wenig modernen Fuhrparks vermisst Prof. Held eine notwendige politische Wende. Entsprechende Rahmenbedingungen seien nicht zu erkennen.

Die künftige Stromversorgung ist aktuell mit dem Braunkohleabbaugebiet Hambacher Forst verknüpft und in den Fokus geraten. Der Kohleausstieg werde relativ schnell kommen. Aber, so kritisiert Held, die politische Gestaltung für dieses Szenario hätten die Verantwortlichen in die Kohlekommission weggeschoben. Und RWE hätte auf die Politik zugehen sollen mit der Absicht des Kohleausstieges. Dann hätte man verhandeln können, wie und wann und unter welchen Bedingungen dies geschehen solle. Jetzt müsse man nach dem richterlichen Abholzungsstopp mindestens zwei Jahre warten, bis ein endgültiges OVG-Urteil vorliege.

Anzeige



KOMMUNALE UNTERNEHMEN BILDEN MIT IHREN INFRASTRUKTUREN UND DIENSTLEISTUNGEN DAS FUNDAMENT FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND.

Unsere 84 Mitgliedsunternehmen in Rheinland-Pfalz leisten jährlich Investitionen in Höhe von über 424 Millionen Euro, erwirtschaften einen Umsatz von über 3,5 Milliarden Euro und sind wichtiger Arbeitgeber für über 10.000 Beschäftigte.

Die VKU Landesgruppe setzt sich im Sinne ihrer Mitglieder für die Sicherung und Stärkung der kommunalen Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ein.

www.vku.de



Die Fusion von RWE und EON zu einem Energiekonzern sei ein massiver Eingriff in das Marktgeschehen. Die Politik halte die zentrale Energieversorgung immer noch hoch, dabei habe sich die kommunale Versorgung durchaus behauptet. Stadtwerke bräuchten aber auch für die Zukunft kommunale Klimakonzepte und Energieplanungen, um bei der Politik verstärkt Gehör zu finden.

Kommunal positionieren

„Die politischen Rahmenbedingungen sind schlecht“, sagte auch Stephan Wilhelm vom Wormser EWR-Vorstand. Er sieht durchaus eine Chance für regionale Energieversorgung, warnte dabei aber auch vor Kirchturmdenken. Die Frage sei vielmehr, wie man sich kommunal positionieren könne. Der kürzlich vorgenommene Zusammenschluss von EWR und ERP Rheinhessen sei ein erster Schritt in eine solche Richtung. Aber man müsse sich für die Zukunft im Klaren sein, dass es nicht mehr nur darum gehe „Strom zu verkaufen“. Um neue Geschäftsfelder zu generieren, brauche man größere Kooperationen, um die notwendigen Investitionen auf den Weg bringen zu können. Eine weitere Gefahr sieht Wilhelm durch die Autokonzerne auf die Energieversorger zukommen, wenn diese über kurz oder lang in den Strommarkt einsteigen, um ihre E-Fahrzeuge zu versorgen.

Für Christoph Zeis ist die Energiepolitik von existenzieller Bedeutung. Was eine dauerhafte Versorgungssicherheit angeht, so kritisiert er, dass „viele Entscheider in ihren Elfenbeintürmen sitzen und nicht wissen, was draußen abgeht“. In der gesamten Energieversorgung spielt für ihn die Wärmeerzeugung eine zentrale Bedeutung, „... und in dieser Hinsicht gibt es nichts Effizienteres als die Kraft-Wärme-Kopplung“. Die Umsetzung zukunftsicherer Strategien sei nicht einfach. Alleine in der überschaubaren Region Rheinhessen gebe es zehn Energieversorger, innerhalb dieser kommunalen Familie sei man sich nicht einig und es mangle an Kompetenzausstattung. Abschließend warb Michael Reitzel für mehr Kooperationen zwischen den kommunalen Energieversorgern. Wer die Daseinsvorsorge durch die Kommunen stärken wolle, müsse über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinweg denken und handeln.

Partner der Bürgerinnen und Bürger sein und nicht von oben herab regieren

Uwe Bruchhäuser wurde zum neuen Bürgermeister der fusionierten Verbandsgemeinde Bad Ems/Nassau gewählt. Er ist in der Region verwurzelt. Sein Programm mit klaren Aussagen überzeugte die Wähler

Autor Wolfgang Kröhler

Bundesweit befindet sich die SPD in einem nie erwarteten Umfragetief. Die desolaten Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern wirken wie ein Schock. Das schlechte Erscheinungsbild der Partei schlägt bis nach unten durch. Aber dort, wo engagierte und glaubwürdige Sozialdemokraten antreten, können auch nach wie vor Erfolge eingefahren werden. Uwe Bruchhäuser ist einer aus dieser Kategorie. Er wurde mit satten 66 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Bürgermeister der fusionierten Verbandsgemeinde Bad Ems/Nassau gewählt. In den beiden alten Verbandsgemeinden Bad Ems und Nassau stellte bisher die CDU die Bürgermeister. Also: Die SPD kann doch noch Wahlen gewinnen, wenn sie die richtigen Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen schickt.

Für den überragenden Wahlerfolg von Uwe Bruchhäuser gibt es natürlich Gründe. Als gebürtiger Bad Emser ist er ein Mann aus der Region. Er kennt Land und Leute bestens. Seit rund 40 Jahren ist er Mitglied der SPD und arbeitete 30 Jahre lang in der alten VG Bad Ems, unter anderem als Kämmerer und Leiter der Abteilung Finanzen und Kasse. Seit 2006 war er Kaufmännischer Werksleiter.

Überzeugendes Wahlprogramm

Aber Uwe Bruchhäuser trat auch mit einem Wahlprogramm an, das die Bürgerinnen und Bürger überzeugte. Mit an erster Stelle steht bei ihm die Beschleunigung der Digitalisierung, er fordert schnelles Internet für alle. Denn „beim Aufbau digitaler Infrastrukturen hinken wir hinterher. Schneller Datenverkehr dank leistungsstarker Internet-



Uwe Bruchhäuser tritt im Januar 2019 als neuer Bürgermeister der VG Bad Ems/Nassau sein Amt an.

Foto: privat

verbindungen ist heutzutage ein absolutes Muss!“

Eine weitere zentrale Rolle spielt für ihn als künftiger Bürgermeister das bürgerschaftliche Engagement. „Gemeinsinn wird bei uns größer geschrieben als anderswo. Das gefällt mir! Das ist Gold wert! Stärker denn je möchte ich bürgerschaftlichen Einsatz fördern und würdigen“, verspricht er. Und er weiß, von was er spricht. Seit 13 Jahren leitet er den Ruderverein Bad Ems – „von daher weiß ich, wie viel Mühen hinter all dem stecken, was unsere Vereine und sonstigen Gruppierungen Jahr um Jahr auf die Beine stellen“. Uwe Bruchhäuser will jetzt nach seiner Wahl eine Ehrenamtsbeauftragte oder einen Ehrenamtsbeauftragten benennen, der oder die in der gesamten Verbandsgemeinde alle gemeinnützig Tätigen berät und ihnen assistiert. Eine hilfsbereite Person also, die Ideen und Initiativen von Bürgern oder Vereinen auf-

greift und beflügelt, anstatt sie bürokratisch auszubremsen. Und Uwe Bruchhäuser findet es ganz wichtig und richtig, dass Kommunen ihren rührigen Vereinen und sonstigen bürgerschaftlichen Gruppierungen Übungsräume, Sportanlagen und Veranstaltungsstätten bereitstellen. Für die Feuerwehren, deren Aufgabenspektrum sich immer mehr ausweitet, will er zudem für sachgerechte Unterkünfte und funktionstüchtige Ausstattung sorgen. Denn: „Hier geht es im Ernstfall um Leib und Leben!“

Die Wirtschaft fördern

Eine Zukunftsaufgaben für die neue Verbandsgemeinde sind die Wirtschaftsförderung und solide kommunale Finanzen. Um diese Ziele zu erreichen bringt Uwe Bruchhäuser als Diplom-Verwaltungswirt und VG-Werkleiter die besten Voraussetzungen mit. Er hat gelernt, unternehmerisch zu denken. Über steigende Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommenssteuern dank offensiver Wirtschaftsförderung sowie durch eine ökonomische Verwaltungsorganisation will er die klammen Kommunalhaushalte nachhaltig konsolidieren.

Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft bringt auch für eine Verbandsgemeinde wie Bad Ems/Nassau neue Herausforderungen mit sich. Auch hier hat der neue Bürgermeister klare Vorstellungen: „Bescheren wir älteren Mitbürgern einen gesicherten, abwechslungsreichen Lebensabend in unser aller Mitte! Medizinische Versorgung, stationäre oder ambulante Pflege, Betreutes Wohnen für Senioren, gesellige Angebote – all das will ich eng vernetzen und bei Bedarf ergänzen.“ Und in diesem Zusammenhang spricht sich Uwe Bruch-

häuser für eine soziale, tolerante und solidarische Politik aus. „Dass ich seit mehr als 40 Jahren der SPD angehöre, kann kein Zufall sein. Als Bürgermeister möchte ich einer sozialen, toleranten, solidarischen, weltoffenen Verbandsgemeinde vorstehen – wo man einander hilft und zusammensteht, anstatt egoistisch seine Ellbogen gegen andere auszufahren“, stellt er klar.

Uwe Bruchhäuser hat im Wahlkampf ein deutliches Bekenntnis ausgegeben: Er will den Menschen zuhören, auf Augenhöhe mit ihnen kommunizieren und nicht von oben herab regieren. Diese Versprechen haben ihm die Bürgerinnen und Bürger offenbar abgenommen.

Kommunalwahlen erfordern besonderes Engagement

Die Ärmel hochkrepeln und noch mehr kämpfen: SGK Rheinland-Pfalz bietet Unterstützung vor Ort an. Politische Leitlinien werden erarbeitet und Mobilisierungsveranstaltungen geplant

Autor Landesgeschäftsführer Hans Jürgen Noss

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Bayern sollten auch den letzten Optimisten deutlich gemacht haben, dass die SPD zurzeit ums nackte Überleben kämpfen muss. Sicher geglaubte Bastionen sind in den letzten zwei bis drei Jahren verloren gegangen. Die Demoskopien sehen die Landes-SPD mittlerweile auch nur noch bei 24 Prozent, damit aber immerhin noch zehn Prozent besser als auf der Bundesebene. Eines sollte aber jedem klar sein: aus diesem Umfragetief können wir

uns nur selbst befreien. Daher gilt es jetzt, mehr als jemals zuvor: Ärmel hochkrepeln, Engagement zeigen und dafür kämpfen, dass wir wieder positive Wahlergebnisse einfahren können.

Im kommenden Mai bietet sich hierfür die beste Möglichkeit, denn sowohl die Europawahl als auch die Kommunalwahlen stehen an. Beide Wahlen sind wichtig, wobei ich mich nachfolgend aber auf die Kommunalwahlen konzentrieren möchte,

die für die SGK als kommunalpolitische Vereinigung natürlich von besonderer Bedeutung sind. Es ist unser Ziel, in möglichst vielen Kommunen die stärkste Fraktion zu stellen. Wir müssen so stark werden, dass die politische Willensbildung maßgeblich von uns mitbestimmt wird.

Auf Landesebene wird schon seit einigen Monaten an politischen Leitlinien gearbeitet, die als Grundlage für unsere landesweit koordinierte Kommunalarbeit in den nächsten

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

Analyse · Entwicklung · Umsetzung



Digitale Transformation betrifft nicht nur die technischen, sondern nahezu alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Insbesondere ändern sich durch die Digitalisierung die Anforderungen an die MitarbeiterInnen hinsichtlich Qualifikation und Kommunikation. Weitreichende Neuerungen der Organisation werden ebenso erforderlich, wie eine Neuausrichtung der Verwaltung gegenüber den BürgerInnen und der Wirtschaft.

Wie diese umfassende Transformation für Ihre Kommune auszugestalten und umzusetzen ist, lässt sich nicht mit Blaupausen beantworten. Es sind vielmehr individuelle Lösungen gefragt, die alle Handlungsbereiche integrieren.

Wir helfen Ihnen bei der Analyse, der Entwicklung von Konzepten zur Umsetzung und nicht zuletzt bei Fragen der damit verbundenen Kommunal финанzen.

proflog verbindet wissenschaftliche Expertise und know-how in Politikberatung mit langjähriger Erfahrung aus der Kommunalverwaltung.

Weitere Information finden Sie unter:
www.proflog.eu

proflog GmbH
Mühlwingertweg 1 · 69242 Mühlhausen
info@proflog.eu

Anzeige



Hans Jürgen Noss

Foto: SGK

Jahren dienen soll. Dabei ist unter anderem auch die Entwicklung einer einheitlichen Werbelinie ein Ziel. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen anschließend diskutiert und von einem Landesparteitag beschlossen werden. Soweit zur inhaltlichen Arbeit auf der Landesebene, die natürlich vor Ort mit den jeweiligen Problemstellungen angereichert werden muss.

Mobilisierung in Regionen

Die SGK wird in regionalen Mobilisierungsveranstaltungen in den ländlichen Räumen, in denen größere Parteiveranstaltungen normalerweise eher selten stattfinden, mithelfen, landespolitische Aspekte der Kommunalpolitik mit regionalen Problemstellungen und Zielsetzungen zu verknüpfen, um so eine gesamtheitliche Betrachtung der Kommunalpolitik zu ermöglichen. Als eventuelle Veranstaltungsräume sind dabei zunächst einmal die Westpfalz, der Hunsrück, die Eifel und der nördliche Landesteil vorgesehen. Diese Liste kann bei Bedarf natürlich noch verändert oder erweitert werden.

Die Veranstaltungen sollten einen Zeitrahmen von etwa 2,5 Stunden möglichst nicht überschreiten, wobei folgender Ablauf vorgesehen werden könnte:

1. Begrüßung durch ein Mitglied des SGK-Landesvorstandes

2. Vorstellung der Kommunalpolitischen Leitlinien durch ein Mitglied der Arbeitsgruppe
3. Vortrag durch den örtlichen MdL, „was haben wir landespolitisch für unsere Kommunen erreicht“
4. Beleuchtung der kommunalen Situation vor Ort, was sind unsere Ziele, Chancen und Probleme, durch Bürgermeister, Beigeordnete, Fraktionsvorsitzenden o.ä.
5. Diskussion, Aussprache

Benötigt werden Beamer, Roll-Ups, Broschüren „Kommunalpolitische Leitlinien“ und weiteres Infomaterial. Daneben versteht es sich von selbst, dass die einzelnen Parteigliederungen ihren Kommunalwahlkampf und auch die gleichzeitig stattfindende Europawahl selbst organisieren.

Die Landes-SGK ist gerne bereit, euch bei eurem Wahlkampf mit Rat und Tat zu unterstützen. Sei es mit Informationsveranstaltungen zu kommunalpolitischen Themen vor Ort oder auch mit Beratungen, wenn ihr das wünscht. Anruf oder Mail genügt.

Auf diesem Weg wünsche ich euch allen einen guten, engagierten und erfolgreichen Wahlkampf.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



Die SPD-Kreistagsfraktion Birkenfeld auf Besuch im Internationalen Café in Idar-Oberstein

Foto: SPD-Kreistagsfraktion Birkenfeld

Internationales Bürgercafé: eine ideale Begegnungsstätte mit und für Migranten

Treffpunkt in Idar-Oberstein wird sehr gut angenommen. SPD-Kreistagsfraktion Birkenfeld besuchte die Einrichtung und übergab Spende

Autor SPD-Fraktion Kreis Birkenfeld

Das Thema „Migration“ dominiert in Deutschland zurzeit die öffentliche Diskussion. Viele Menschen engagieren sich in der Flüchtlingsarbeit und wollen mithelfen, die bestehenden Probleme in diesem wichtigen sozialen Arbeitsfeld zu beheben. Dass dies nicht immer einfach ist, kann man leider tagtäglich im Fernsehen

miterleben. Die SPD-Kreistagsfraktion Birkenfeld wollte sich ein Bild über die Migrationsarbeit vor Ort verschaffen und besuchte daher das Internationale Bürgercafé (IBC) in Idar-Oberstein, das im Zentrum für Kultur, Integration, Bildung und Begegnung (KIBB) beheimatet ist. Das Café wurde im März 2016 eröffnet,

um Flüchtlinge und Migranten in Kontakt mit der heimischen Bevölkerung zu bringen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Ursprünglich wurde das Café vom Internationalen Bund (IB), der Caritas und der Diakonie betrieben, wobei letztere inzwischen aus dem Projekt ausgestiegen ist.

Stefan Worst (IB) und Hildegard Koch (Caritas) leiten das Café mit großem Engagement, wobei sie von zahlreichen Helferinnen und Helfern tatkräftig unterstützt werden. Finanziell wird das Café, welches freitags in der Zeit von 16 bis 19 Uhr geöffnet ist, durch den Bund im Rahmen des Projektes „Demokratie leben – Partnerschaft für Demokratie“ und durch den IB unterstützt.

Offener Umgang

Während einige Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion das Café schon öfters besuchten, waren andere zum ersten Mal in der Begegnungsstätte und konnten sich davon überzeugen, dass die rund 30 Besucher einen offenen Umgang miteinander pflegten und sich sichtlich wohlfühlten. „Dieses Café ist richtungsweisend, zielführend und auch nachhaltig“, betonte der Fraktionsvorsitzende Hans Jürgen Noss, der genau wie die übrigen SPD-Kommunalpolitiker die Gelegenheit nutzte, um sich intensiv mit den anwesenden Flüchtlingen und den Helferinnen und Helfern auszutauschen. Stefan Worst und Hildegard Koch betonten, dass es einfach nur toll sei, wie friedlich die Menschen, die aus verschiedenen Kulturen stammen, miteinander umgehen.

Abschließend bedankten sich die Gäste bei den Helferinnen und Helfern für deren Engagement, welches beispielhaft sei und ein großes Lob und Anerkennung verdiene und überreichten eine Geldspende für die anstehende IBC-Weihnachtsfeier.

Anzeige

BESUCHEN
SIE UNS AUF

www.demo-online.de

DEMO

VORWÄRTS-KOMMUNAL

■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

Kommunal- und Verwaltungsreform voll im Gange

Landesgesetz ist verfassungskonform. Kriterien: Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft. Unterstützung für freiwillige Zusammenschlüsse

Autor Staatssekretär Günter Kern

Seit einigen Jahren wird in Rheinland-Pfalz eine Kommunal- und Verwaltungsreform durchgeführt. Sie zielt insbesondere darauf ab, die Leistungsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft kommunaler Gebietskörperschaften zu stärken. Die kommunalen Gebietskörperschaften sollen auch künftig in der Lage sein, ihre Aufgaben möglichst in fachlich hoher Qualität, wirtschaftlich sowie bürger-, sach- und ortsnah wahrzunehmen. Derzeit werden die Gebietsstrukturen auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden optimiert.

Der Gebietsänderungsbedarf und die Neugliederungen von verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden beurteilen sich nach dem Landesgesetz über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform. Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat das Landesgesetz für verfassungskonform erklärt.

Das Landesgesetz geht davon aus, dass in der Regel verbandsfreie Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und Verbandsgemeinden mit mindestens 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine ausreichende Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft haben.

Ausnahmen zugelassen

Nach dem Landesgesetz sollen verbandsfreie Gemeinden oder Verbandsgemeinden innerhalb desselben Landkreises und als Ganzes zusammengeschlossen werden. Abweichungen davon, das heißt Zusammenschlüsse von Verbandsgemeinden, die in verschiedenen Land-

kreisen liegen, Zusammenschlüsse der Ortsgemeinden einer Verbandsgemeinde mit mehreren Nachbarverbandsgemeinden im selben Landkreis und Zusammenschlüsse der Ortsgemeinden einer Verbandsgemeinde mit mehreren Nachbarverbandsgemeinden aus verschiedenen Landkreisen, lässt das Landesgesetz lediglich ausnahmsweise zu.

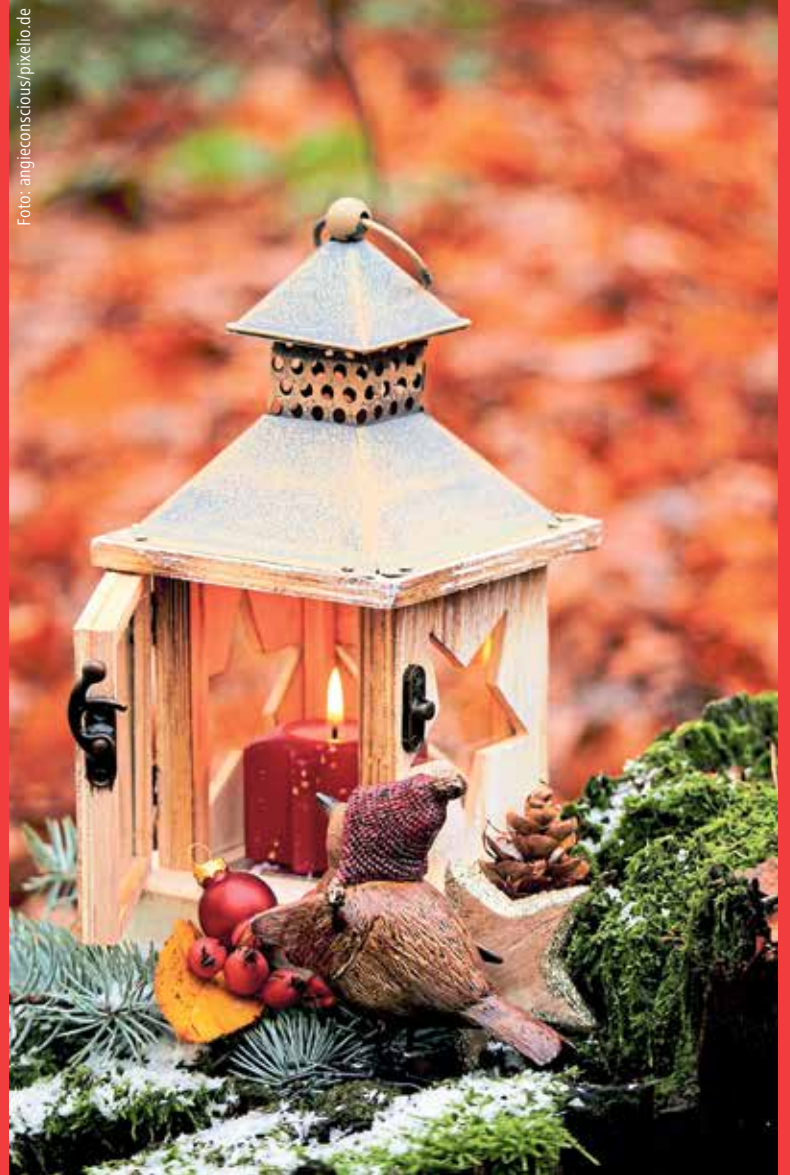
Freiwilligen Gebietsänderungsmaßnahmen räumt das Landesgesetz den Vorrang ein.

Aus Anlass freiwilliger Gebietsänderungsmaßnahmen gewährt das Land umfangreiche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Bisher sind, überwiegend auf konsensualer Basis, 31 Gebietsänderungsmaßnahmen für verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden gesetzlich geregelt worden. Die Gebietsänderungsmaßnahmen erfassen sieben verbandsfreie Gemeinden und 37 Verbandsgemeinden mit einem eigenen Gebietsänderungsbedarf sowie 22 Verbandsgemeinden ohne einen eigenen Gebietsänderungsbedarf und eine große kreisangehörige Stadt.

Mehrere Gesetzentwürfe für Gebietsänderungen von Verbandsgemeinden werden derzeit oder in Kürze parlamentarisch beraten. Einige weitere Gebietsänderungsprozesse auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden sind landesweit noch im Gange. Sie sind unterschiedlich weit fortgeschritten.

Foto: angieconscious/pixello.de



*Unseren Mitgliedern
und ihren Familien,
Freunden und Gönnern wünschen wir
ein frohes und friedvolles
Weihnachtsfest
sowie ein erfolgreiches Jahr 2019,
in dem wir uns alle hoffentlich gesund
und in guter Stimmung wiedersehen.*

*Michael Ebling
SGK-Landes-
vorsitzender*

*Hans Jürgen Noss
SGK-Landes-
geschäftsführer*